

Die Stadt Bern streicht die Bilingue-Klassen

Eine Sparmassnahme der finanziell klammen Gemeinde sorgt für Empörung

MATTHIAS VENETZ, BERN

In ihrem Selbstverständnis ist die Stadt Bern progressiv. Sie reisst Projekte an, die Vorbildcharakter haben und ausstrahlen sollen. So hat sie sich das auch bei den «Classes bilingues de la Ville de Berne» vorgestellt. 2019 führte die Stadt dieses zweisprachige Unterrichtsangebot ein. Schülerinnen und Schüler sollen vom Kindergarten bis zum Ende der Primarschule im Berner Mattequartier je zur Hälfte auf Deutsch und Französisch unterrichtet werden.

Das Angebot wurde schrittweise aufgebaut und sollte die Brückenfunktion Berns zwischen der Deutschschweiz und der Romandie unterstreichen, wie die Stadt schreibt. Doch nur sechs Jahre nach der Einführung ist die Versuchsordnung mit der Zweisprachigkeit gescheitert. Am Dienstag gab die Berner Bildungsdirektion bekannt, dass sie das Projekt im Sommer 2026 auslaufen lasse – aus fachlichen, organisatorischen und finanziellen Gründen, wie es offiziell heisst. Betroffen sind 91 Schülerinnen und Schüler sowie 24 Mitarbeiter. Die grüne Bildungsdirektorin Ursina Anderegg beerdigt damit ein Herzensprojekt ihrer Vorgängerin, der ehemaligen grünen Bildungsdirektorin Franziska Teuscher.

«Faktor für den Zusammenhalt»

Der Entscheid wird in Bern heftig kritisiert. Der Verein Bern Bilingue spricht von einem «bildungspolitischen Skandal». Die Berner FDP-Grossrätin Claudine Esseiva ist Präsidentin des Vereins «Bern Bilingue» und Mutter eines betroffenen Schülers. Sie beklagt, dass die linke Stadtregierung gerade bei diesem Projekt sparen wolle. «Als Bundesstadt sollte sich Bern eigentlich speziell für die Zweisprachigkeit einsetzen, denn sie ist ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt unseres Landes.»

Der Entscheid sei überraschend gekommen, sagt Esseiva. Ende Oktober fand für die Eltern der Schüler in den oberen Klassen eine Informationsver-



Die zweisprachigen Klassen sollten die «Brückenfunktion» Berns zwischen den Sprachregionen stärken.

DOMINIC STEINMANN / NZZ

anstaltung statt. Daran nahm auch der Leiter des Bildungsamtes, Daniel Hofmann, teil. Esseiva sagt: «An diesem Abend hat niemand davon gesprochen, dass das Projekt beendet wird. Vielmehr ging es darum, ob das Projekt ausgeweitet werden kann.»

Hofmann bestätigt, dass an dieser Veranstaltung das Ende der zweisprachigen Klassen nicht zur Sprache kam. «Weil nicht alle Eltern anwesend waren, wäre es auch gar nicht der angemessene Rahmen gewesen.» Laut Hofmann wurde das Projekt damals allerdings geprüft. Die Bildungsdirektion kündigte an, im Mai über die Zukunft des Projekts zu informieren.

Esseiva hat darauf ihre Hilfe angeboten und sich direkt an die Bildungsdirektion gewandt. Die FDP-Grossrätin verweist auf Anfrage auf ein ähnliches Projekt in Biel, das seit 15 Jahren laufe und womöglich nützliche Hinweise hätte liefern können. Wie das «Bieler Tagblatt» berichtete, hat die Berner Bildungsdirektorin Anderegg bei ihrer Bieler Amtskollegin allerdings keine Auskünfte eingeholt.

Laut Hofmann sind die Projekte in Biel und Bern «nur bedingt vergleichbar». Biel sei offiziell eine zweisprachige Stadt und verfolge ein anderes Konzept. Es gebe dort mehr zweisprachige Schulklassen. Auch Biel müsse sich mit den

Unterschieden in den beiden Lehrplänen auseinandersetzen. Im Gegensatz zu Bern tut Biel dies – offenbar – mit Erfolg.

Kein Teil des Grundangebots

Um die Schüler zu gleichen Teilen in den Fächern Französisch und Deutsch zu unterrichten, mussten Lektionen in Fächern wie Musik und Gestalten gestrichen werden. «Eine Schule kann von diesen Kompensationen allerdings nur innerhalb eines Versuchs vornehmen, normalerweise sind Abweichungen nicht zulässig.» Neben der Schwierigkeit, Lehrpersonen anzuwerben, kommt laut der Stadt ein weiteres Pro-

blem hinzu: Der Stadt fehlen geeignete Räume für die steigende Zahl der Schüler. Insgesamt gibt es 611 Schulklassen in Bern. Zweisprachig sind nur 4.

Er könne die Enttäuschung der betroffenen Eltern und Schüler verstehen, sagt Hofmann. Doch die «Classes bilingues» seien ein Zusatzangebot und gehörten nicht zum gesetzlichen Auftrag der Volksschule. «Wir müssen zwischen Grundauftrag und Zusatzangebot abwägen.» Laut der Stadt kostet dieses «Zusatzangebot» jedes Jahr bis zu einer Million Franken.

Zweisprachige Klassen würden zwar mehr Absprachen und mehr Personal benötigen, sagte Anna Tanner, SP-Bildungsdirektorin der Stadt Biel, im «Bieler Tagblatt». Allerdings sagt sie weiter: «Letztlich ist es eine Frage des Willens, und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.»

Zurzeit werden in den zweisprachigen Klassen in Bern 77 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Im Herbst kommen 14 Kindergärtner hinzu. Für die Betreuung sind 10 Lehrpersonen und 14 Mitarbeiter in der Tagesbetreuung zuständig. Letzteren garantiert die Stadt eine Folgeanstellung, den Lehrpersonen wird sie per Ende Juli 2026 kündigen. Den Lehrpersonen will die Stadt Unterstützung anbieten, wie es in einer Mitteilung heisst. Angesichts des Fachkräftemangels im Bildungsbereich und der frühzeitigen Kommunikation sei eine lückenlose neue Anstellung für diese Lehrpersonen sehr wahrscheinlich, schreibt die Stadt.

Normalerweise ist die Berner Stadtregierung – trotz finanziellen Problemen – sehr freigiebig, wenn es darum geht, Steuergeld für ihre Projekte auszugeben. So rechnet sie für das laufende Jahr mit einem Defizit von 28 Millionen Franken. Im entsprechenden Budget sind zudem weitere 80 Millionen Franken für Investitionen vorgesehen.

Der Entscheid der Berner Bildungsdirektion hat inzwischen bis in die Partei von Direktorin Anderegg negative Reaktionen ausgelöst. Es dürften weitere folgen: Am Montag nimmt Anderegg an einer Informationsveranstaltung mit den Eltern der betroffenen Schüler teil.

Steuerprivileg der Hotellerie fast für die Ewigkeit

Das Parlament will bei der Mehrwertsteuer den Sondersatz für Beherbergungsdienstleistungen erneut verlängern

HANSUELI SCHÖCHLI

Möglichst breite Steuerbasis, möglichst tiefe Steuersätze: Das ist eine goldene Regel der Steuerpolitik. Diese Kombination begrenzt am ehesten Ausweichmanöver, Abgrenzungsprobleme, den administrativen Aufwand und den Beratungsbedarf für Steuerpflichtige – und damit die wirtschaftliche Verschwendung. In der realen Politik sind dagegen Ausnahmen und andere Steuerprivilegien beliebt: Man kann damit seine Klientele subventionieren, ohne dies offiziell als Subvention bezeichnen und im Bundesbudget als Ausgabenposten ausweisen zu müssen.

Einen Fall für das Lehrbuch liefert die Mehrwertsteuer. Nebst über einem Dutzend generellen Ausnahmen sticht vor allem die Koexistenz von drei verschiedenen Steuersätzen ins Auge: Nebst dem Normalsatz (zurzeit 8,1 Prozent) sind dies der reduzierte Satz für Lebensmittel und gewisse andere Produkte (2,6 Prozent) sowie der Sondersatz für die Hotellerie einschliesslich Frühstück (3,8 Prozent).

Durch einen Einheitssatz und die Reduktion von Ausnahmen liesse sich der ordentliche Satz um etwa anderthalb Prozentpunkte senken. Doch das war bisher nicht mehrheitsfähig, kraft einer Konstante der Politik: Eingeführte Privilegien bringt man kaum mehr weg. Das hat der Nationalrat am Mittwoch bestätigt – mit seiner Zustimmung zu einem parlamentarischen Vorstoss, der die Verlängerung des bis 2027 befristeten Sondersatzes für die Hotellerie for-

dert. Der Ständerat hatte diesen Vorstoss bereits im März angenommen. Deshalb muss nun der Bundesrat ein Gesetzesprojekt dazu bringen.

Zum siebten Mal

Die Schweiz hatte die Mehrwertsteuer 1995 eingeführt. Damit wurde im Grundsatz nur noch der Konsum besteuert – und nicht mehr wie bei der alten Warenumsatzsteuer auch die Investitionen. Der Sondersatz für die Hotellerie gilt seit Oktober 1996. Der Sondersatz war damals befristet, doch es gab seither schon sechs Verlängerungen. Nun ist also Nummer 7 fällig.

Gemäss Bundesrat wurde der Sondersatz 1996 vor allem als vorübergehende Nothilfe für die leidende Tourismusbranche eingeführt. Der Branche geht es zurzeit viel besser, aber Privilegien wirken wie Drogen: Bei Entzug kommt ein Aufschrei. Und es gab schon damals auch prinzipielle Begründungen für die Einführung des Sondersatzes, wie die Parlamentsberichterstattung der NZZ von 1995 und 1996 zeigt.

So argumentierten damals die Befürworter, dass die Exportindustrie mit der Einführung der Mehrwertsteuer durch den Wegfall der Investitionsbesteuerung ein «Fiskalgeschenk» erhalten habe – und deshalb solle auch der Tourismus als exportähnliche Branche eine Steuerentlastung bekommen. Der damalige Finanzminister Kaspar Villiger war dieser Argumentation vergeblich entgegengetreten – mit dem Hinweis, dass der Systemwechsel kein Steuergeschenk für

die Exportindustrie gebracht habe, sondern die Doppelbesteuerung im In- und Ausland vermeide. Exportgüter sind zwar von der Schweizer Mehrwertsteuer ausgenommen, doch sie unterliegen der Mehrwertsteuer im Bestimmungsland.

Rund 30 Jahre später führen die Befürworter des Sondersatzes für die Hotellerie immer noch das Exportargument ins Feld. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hatte sich jüngst in ihrem Bericht an den Rat in kreativer Rhetorik geübt: Es gehe nicht um eine Sonderbehandlung, «sondern um eine Ausgleichsmassnahme für eine Branche mit besonderen strukturellen Herausforderungen». Die Hotellerie sei mit einem Auslandsanteil von rund 55 Prozent ein bedeutender Exportsektor, könne aber die Dienstleistungen nicht ins Ausland verlagern. Die Branche sei personalintensiv und «empfindlich gegenüber Wechselkursschwankungen».

300 Millionen pro Jahr

Laut den Befürwortern kennen die meisten EU-Länder ebenfalls einen Sondersatz für die Hotellerie. Die Kritiker einschliesslich des Bundesrats entgegneten, dass dieser Sondersatz in den meisten EU-Ländern höher sei als der Normalsatz in der Schweiz. In den EU-Ländern beträgt der Normalsatz der Mehrwertsteuer nicht 8,1 Prozent wie in der Schweiz, sondern 15 bis 27 Prozent. Laut den Gegnern hat die Tourismusbranche heute eine Steuersubvention mit der Giesskanne nicht nötig, und spezielle Probleme in gewissen

Regionen seien durch gezieltere Massnahmen anzusprechen.

Aus Sicht der Mehrwertsteuerlogik wird der Konsum besteuert – am Ort des Konsums. Der Konsum von touristischen Dienstleistungen in der Schweiz von Schweizern und Ausländern unterliegt folgerichtig der hiesigen Mehrwertsteuer. Die Logik des Steuersystems ruft nicht nach einem Sondersatz für die Hotellerie. Aus der Logik des Brancheninteresses sieht es indes anders aus.

Das Brancheninteresse überwoog im Parlament. Im Ständerat gab es im März nur drei Gegenstimmen. Im Nationalrat war das Ergebnis nicht ganz so deutlich, mit 119 Ja zu 59 Nein bei 14 Enthaltungen. Die Ja-Mehrheit kam vor allem kraft Stimmen aus SVP, Mitte und FDP zustande. Die Linke (mehrheitlich) und die Grünliberalen stimmten dagegen.

Die Verlängerung des Steuerprivilegs erscheint in keinem Ausgabenposten, doch dies beeinflusst die Einnahmen. Der Bund muss nun in seiner Finanzplanung ab 2028 diese Verlängerung berücksichtigen, was die erwarteten Steuereinnahmen um etwa 300 Millionen Franken pro Jahr reduziert. Das sorgte vor allem für Widerstand von der Linken. Wer bezahlt die Rechnung? Das könnten andere Steuerzahler sein – weil andere Steuern dafür steigen oder weniger sinken werden. Oder es könnten Begünstigte von Staatsausgaben sein, weil gewisse Staatsausgaben weniger wachsen. Doch heute lässt sich nicht abschätzen, wer am Ende wie viel der Kosten trägt. Das macht solche Steuerprivilegien politisch attraktiv.

Uni Genf wieder besetzt

Studenten kritisieren «humanitäre Katastrophe» in Gaza

MATTHIAS SANDER, GENÈVE

Vor genau einem Jahr besetzte die Studentengruppe Coordination Étudiante pour la Palestine ein Gebäude der Genfer Universität. Am Jahrestag sind die Aktivisten nun zurückgekehrt: Am Mittwochmittag nahmen sie die Aula desselben Gebäudes in Beschlag. Sie veranstalteten eine «Volksküche» und hängten Banner auf mit Slogans wie «Free Palestine» und «Stop genocide».

An einer Pressekonferenz am Abend bekräftigte die Gruppe vor mehr als 100 Studenten und Sympathisanten ihre zentrale Forderung: Die Uni Genf solle sofort die Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen beenden, die angeblich am «Genozid, an der Apartheid und der Kolonialisierung in Palästina» beteiligt sind. Namentlich nannte ein Redner die Hebräische Universität Jerusalem und die Universität Tel Aviv. Zudem soll die Uni Genf ein Ende solcher Zusammenarbeiten von allen Schweizer Universitäten und dem Hochschulverband Swissuniversities fordern. Ein Redner zitierte aus einer E-Mail der Gruppe an das Uni-Rektorat. Darin verwiesen die Aktivisten auf die «humanitäre Katastrophe» in Gaza, die sich seit Anfang März, seit der israelischen Totalblockade von Hilfslieferungen, weiter verschlechtert.

Vor einem Jahr hatte die Universitätsleitung die Besetzung im Namen der Neutralität lange geduldet. Nach einigen Tagen schliesslich rief sie die Polizei zur Räumung des Gebäudes.